



Carl-von-Ossietzky-Solidaritätsfond
c/o DFG-VK Bundeskongress in Halle (Saale) vom 4.-6. Oktober 2024, hier:

Grußwort anlässlich der **2. Ludwig-Baumann-Preis-Verleihung**

an die Bewegungen für **Kriegsdienstverweigerer in Russland**, in der **Ukraine** und an **Olga Karach** für die **Menschenrechtsorganisation „Unser Haus / Nash Dom“** aus Belarus.

Liebe Freundinnen und Freunde,

gern haben wir Eure Mitteilung erhalten, dass der Ludwig-Baumann-Preis 2024 zum zweiten Mal vergeben wird. Mit Freude und Zustimmung möchten wir Euch zur Auswahl der Preisträger*innen gratulieren: Engagierte Kriegsdienstverweigerer aus zwei Staaten, die ihren Bürger*innen das Menschenrecht zur Verweigerung des Kriegsdienstes vorenthalten, obwohl sie den Kriegsdienst von ihnen politisch erzwingen:

- Russland, das am 22. Februar 2022 sein souveränes Nachbarland Ukraine militärisch überfallen hat, um imperiale Gebietsansprüche durchzusetzen.
- Die Ukraine, die die erlittene Aggression militärisch abwehren und zurückweisen möchte, aber bei der Wahl ihrer Mittel die Lage verschlimmert, statt entspannt: Nach außen auf Waffen und Gewalt zu setzen und nach innen Repression und Verfolgung zu praktizieren, verhöhnt die Werte von Frieden und Freiheit, für deren Durchsetzung – vorgeblich – gestritten wird.

Der Umgang mit Minderheiten, wie Kriegsdienstverweigerer sie darstellen, kann Unterdrückung eindrücklich belegen. Einschlägige Dokumente des Europäischen Büros für Kriegsdienstverweigerung (EBCO), der War Resisters' International (WRI) und des Kommissariats für Menschenrechte der Vereinten Nationen (UNHCHR) weisen für beide Staaten jährlich hohe Zahlen aus, wieviel Menschen sich gewissensbedingt dem oktroyierten Militärdienst widersetzen und das Recht auf Gewissensfreiheit (vergeblich) einfordern. Diese Forderungen zu tolerieren wäre - für die Betroffenen und auch für die Öffentlichkeit - ein hoffnungsvolles Signal, das zugleich den Wunsch und das Bemühen um friedliche Streitbeilegung unterstreichen würde. Staaten, die ihren Bürger*innen das Freiheitsrecht, zum Militärdienst Nein zu sagen, vorenthalten, bekunden damit öffentlich ihre Gewaltpräferenz, sind Schurkenstaaten.

Um staatlicher Repression und Verfolgung zu widerstehen, sind Begleitung, Beistand und Fürsprache wichtig, oft unerlässlich. Die Initiative „Unser Haus“ engagiert sich im diktatorisch regierten Belarus für Bürger- und Menschenrecharbeit, setzt sich insbesondere für den Schutz bedrohter Minderheiten in Belarus und Nachbarländern ein. Wie gefährlich das ist, hat Olga Karach, gemeinsam mit anderen Mitstreiter*innen erlebt. An Leib und Leben von „Geheimdiensten“ bedroht, musste sie ins benachbarte Litauen fliehen. In Ihrem Heimatland wurde sie – in Abwesenheit – für ihre Menschenrechtsarbeit zugunsten von Kriegsdienstverweigerern und Deserteuren jüngst wegen „Verschwörung“ und „Terrorismus“ zu einer hohen Haft- und Geldstrafe verurteilt. Während damit freiwillige Rückkehr ausgeschlossen wird, droht ihr - infolge militärisch-diplomatischer Behörden-Kollaboration - eine Abschiebung aus Litauen, das zur Europäischen Union und der NATO gehört. Für ein ziviles, freiheitliches Europa wäre es eine Bankrotterklärung, wenn es zur Abschiebung kommen sollte.

Abwegige politische Rufe nach neuer „Kriegstüchtigkeit“ gehen inzwischen mit der Bereitstellung immenser Summen für Rüstung und Militär einher, deshalb müssen zivile Errungenschaften und Freiheitsrechte künftig noch mehr vor dem Überrollen durch Panzerketten geschützt werden. Diese Preisvergabe trägt dazu bei, lenkt sie doch Aufmerksamkeit auf Widerstand gegen Krieg durch persönlichen Gewaltverzicht. Der Namensgeber des Preises, Ludwig Baumann, hat ihn Ende Juni 1942 selbst praktiziert – als Soldat der Wehrmacht und Kriegsteilnehmer, der „nicht mehr mitmachen“ wollte.

Bremen, 3. Oktober 2024, Verfasser: Günter Knebel

ehemaliger Vorsitzender (1990-2018):
Ludwig Baumann (* 13.12.1921, † 5.07.2018)
Vorsitz aktuell vakant.

Schriftführer: Günter Knebel
E-Mail: info@bv-opfer-ns-militaerjustiz.de

Wissenschaftlicher Beirat
Ehrevorsitz: Prof. Dr. Manfred Messerschmidt, Freiburg † /
Vorsitzender: Prof. Dr. Detlef Garbe, Hamburg /
Beisitzer:
Günter Saathoff, Berlin / Prof. Dr. Peter Steinbach, Berlin /
Dr. Rolf Surmann, Hamburg / Prof. Dr. Wolfram Wette, Freiburg.